

04.11.2005 - 17:12 Uhr

## **10. Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, 5. November in Bern: Ganzer Lohn für ganze Arbeit und Lohngleichheit jetzt! verlangt**

Bern (ots) -

Die 250 Teilnehmerinnen des 10. SGB-Frauenkongresses haben heute Strategien für die Umsetzung des Verfassungsartikels gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit diskutiert und dazu ein Fünfpunkte- Manifest Lohngleichheit jetzt! verlangt. Dazu gaben sie den Startschuss zur Kampagne Fairpay- Lohngleichheit.

Wie der neue im Rahmen der fairpay-Kampagne aufgeschaltete SGB-Geschlechter-lohnrechner zeigt, verdienen Frauen auch bei vergleichbarem Profil hinsichtlich Dienstalter, Ausbildung, hierarchische Stellung und Tätigkeit je nach Branche bis zu 21 % weniger für ihre Arbeit. Diese nach wie vor frappante Diskriminierung muss nun endlich beseitigt werden.

Weil individuelle Lohnklagen für Frauen, die solche Ungerechtigkeit bekämpfen wollen, einen meist sehr zermürbenden Weg darstellen, fordern die SGB-Gewerkschafterinnen kollektive Massnahmen, in erster Linie auf Ebene der Gesamtarbeitverträge und der Lohnverhandlungen in den Branchen. Dort soll Lohntransparenz geschaffen und sollen Lohnüberprüfungen geregelt werden. Verlangt wird in diesem Zusammenhang auch eine Lohngleichheitskonferenz der Sozialpartner.

Damit die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern endlich Realität wird, müssten Arbeitgeber und die öffentliche Hand von sich aus aktiv (pro-aktiv) werden und nicht erst beim Vorliegen einer Klage. Die kanadische Lohngleichheitsexpertin Prof. Marie- Therese Chicha hat am Kongress aufgezeigt, wie in Kanada die Arbeitgeber vom Gesetzgeber verpflichtet werden können, aktiv Lohnkorrekturen bei den Frauen einzuleiten.

Mit der Lancierung der Kampagne Fairpay- Lohngleichheit ([www.lohngleichheit.ch](http://www.lohngleichheit.ch)) hat der SGB-Frauenkongress den Auftakt zum Jahr der Lohngleichheit (2006) gemacht. Der Frauenkongress fordert vom Bundesrat die Einsetzung einer ExpertInnenkommission, welche 25 Jahre nach Einführung des entsprechenden Verfassungsanspruches - Vorschläge für die raschere Umsetzung der Lohngleichheit macht.

Die Kongressteilnehmerinnen verabschiedeten zudem Resolutionen gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 und gegen den Sozialabbau bei der AHV sowie für Verbesserungen statt Verschlechterungen beim Erwerbsersatz bei Mutterschaft.

Auskünfte: Natalie Imboden, 079 / 706 62 84